



Protokoll

4. Sitzung des Gemeinderates Montag, 22. September 2014, 19:00 Uhr, Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag der Geschäftsleitung des Gemeinderates betreffend Wahl einer neuen Leitung
Parlamentarische Dienste
(Antrag Nr. 3B/2014)
- 4 Ersatzwahl für die restliche Amtsdauer 2014/2018
Ersatzwahl für den austretenden Seyhan Kâhya in die Kommission Planung und Bau
- 5 Antrag der Geschäftsleitung des Gemeinderats an den Gemeinderat betreffend Ausbau des
Ratsinformationssystems
(Antrag Nr. 9A/2014)
- 6 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulhaus Pünt, Erstellen Schulpavillon –
Bauabrechnung
(Antrag Nr. 7/2014)
- 7 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulhaus Talacker
Pausenplatz – Bauabrechnung
(Antrag Nr. 8/2014)
- 8 Interpellation 502 von Balthasar Thalmann betreffend «Denkpause für Müliholz III»
- 9 Bericht und Antrag des Stadtrates betreffend Motion 580 von Balthasar Thalmann und Jean-
François Rossier betreffend «Verbindliches Gesamtkonzept Schifflande-Seebadi»

Präsenz

Vorsitz	Walter Meier, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Claudia Wyssen
Presse	Christian Brüttsch, AvU Stefan Hotz, NZZ

Der Präsident begrüsst alle Anwesenden, insbesondere die Einbürgerungswilligen auf der Tribüne.

Weiter begrüsst er die Gemeinderätinnen Meret Schneider und Karin Niedermann.

Karin Niedermann ist an der heutigen Sitzung noch nicht stimmberechtigt, weil die Rechtsmittelfrist ihrer Wahl durch den Stadtrat noch läuft.

Patricia Bernet, die neue Primarschulpräsidentin, hat heute in ihrem neuen Amt auch die erste Gemeinderatssitzung, kennt aber den Ablauf aus ihrer Zeit als SP-Gemeinderätin.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärungen:

Marianne Siegrist

Persönliche Erklärung zum Linksabbiegeverbot an der Kreuzung Dammstrasse / Bankstrasse

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

Ich freue mich sehr über die Umsetzung meines Postulats, bzw. über die Verkehrsschilder mit dem Linksabbiegeverbot an der Kreuzung Dammstrasse/Bankstrasse. Vor genau 4 Jahren, im Sept. 2010 wurde das Postulat beantwortet und vom Gemeinderat abgeschrieben. So lange hat es gedauert, vom Versprechen des Stadtrates einen Versuch mit Linksabbiegeverbot durchzuführen bis zur Realisierung!

Endlich kann nun der Verkehr auf der Nord-/Südachse ungehindert fließen. Die Durchfahrt wird nicht mehr durch links abbiegende Fahrzeuge behindert. Ich bin überzeugt, dass diese Massnahme des Linksabbiegeverbots an diesem neuralgischen Punkt zur Verflüssigung des Verkehrs beiträgt und damit die VZO auf den Verkehrsdienst verzichten kann.

*Ich bedanke mich beim Stadtrat, insbesondere bei der Abteilung Sicherheit für die Umsetzung meines Postulats. Gleichzeitig bitte ich die zuständige Stelle, die Position der neu aufgestellten Tafeln **rasch** zu überdenken und **vorteilhafter** zu positionieren. Die Verkehrsteilnehmer haben die Situation nämlich nicht begriffen und fahren weiterhin von der Dammstrasse herkommend nach links in die Bankstrasse und blockieren damit die Durchfahrt des Nord-/Südverkehrs! Es wäre sehr bedauerlich, wenn der Versuch abgebrochen würde, bzw. die Analyse ein negatives Resultat aufzeigen würde, nur weil die Position der Tafeln zu wenig an die Verkehrssituation angepasst worden ist! Ich bitte Sie deshalb, nochmals über die Bücher zu gehen.*

Vielen Dank.

*Marianne Siegrist, FDP-Gemeinderätin
Sept. 2014*

Fraktionserklärung:

Patricio Frei

Fraktionserklärung der Grünen

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Foodwaste war das Thema des Grünen Ustertags vom letzten Jahr. Es freut die Grünen, dass der Stadtrat das Thema der Ressourcenverschwendung mit der Ausstellung "Ressourcity" im Stadthaus in den letzten beiden Wochen erneut aufgegriffen hat.

Weniger erfreut waren wir naturgemäss über die ablehnende Haltung des Stadtrates zu EcoViva, der im März eingereichten Volksinitiative der Grünen.

Schaut man heute auf dem Wohnungsportal homegate nach, werden in Uster gerade mal 6 Wohnungen zu unter Fr. 1'500.- angeboten. Eine 3 ½-Zimmerwohnung in der letzte Woche festlich eingeweihten Siedlung Flor in der Loren kostet demgegenüber rund 2'800.- Franken. Und zum

dritten wurde in der schweizweiten Berichterstattung über Usters Sozialhilfepolitik deutlich, dass es in Uster offensichtlich schwierig ist, eine günstige Wohnung zu finden.

Da wird auch verständlich, was der Stadtrat meint, wenn er im Schwerpunkt 3 seiner Dualstrategie folgendes ausführt: Uster unterstützt Private in der Realisierung neuer, hochwertiger Wohnräume und Gewerbebezonen. Die Wohnstadt am Wasser soll offenbar nur gut Verdienenden eine Heimat bieten.

Mit fehlerhaften Vergleichen soll auch gleich der Anschein erweckt werden, Uster stehe in Bezug auf den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen gut da. So liegt der Anteil an Genossenschaftswohnungen in Winterthur nicht bei 6,5% sondern bei 11,2%. Es schleckt keine Geiss weg: der Anteil von Genossenschaftswohnungen liegt in Uster unter dem kantonalen Mittel. Von einem Anteil von 33%, wie ihn die Stadt Zürich bis 2050 erreichen will, ist Uster Lichtjahre entfernt.

Da reicht es einfach nicht aus, wenn der Stadtrat in seiner Antwort schreibt, dass er sich gut vorstellen kann, Teile der eingezonten Baulandreserven für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Da haben andere Gemeinden die Zeichen der Zeit schon deutlicher erkannt, z.B. Wädenswil. Die Gemeinde hat sich zum Ziel gesetzt, die Durchmischung der Bevölkerung zu erhalten, indem sie über eine neu zu gründende Stiftung die Bereitstellung von günstigen Wohnungen unterstützen möchte. Zudem hat Wädenswil angefangen, Baugenossenschaften stärker in die Stadtentwicklung mit einzubeziehen, und sie organisiert für diese Bauträger Anlässe zum Erfahrungsaustausch – Klammerbemerkung: Wo sind die gemeinnützigen Wohnbauträger in der Ustermer Zentrumsentwicklung? Schliesslich möchte der Wädenswiler Stadtrat mehr Land erwerben, um die kommunalen Einflussmöglichkeiten zu erhöhen.

Womit wir bei einem Kernproblem angelangt wären, dem lieben Geld. In seiner Stellungnahme schreibt der Stadtrat, dass die 10 Mio. Franken für die vorgesehene Stiftung den Finanzhaushalt belasten würden. Und wenn man mit dem Stadtrat über Landkäufe spricht, dann tut er regelmässig seinen guten Willen kund, Land zu erwerben; aber letztlich fehlte immer das notwendige Kleingeld um dem Willen auch konkrete Taten folgen zu lassen!

Tja, wenn man der Stadt mit einer langjährigen Steuersenkungspolitik die Mittel entzieht, kann sie auf dem Immobilienmarkt auch keine Rolle spielen.

Die Grünen hätten sich gewünscht, dass der Stadtrat – bevor er unsere Initiative mit ungenügenden Argumenten ablehnt – sich diese Broschüre "Preisgünstiger Wohnraum – Ein Baukasten für Städte und Gemeinden" des Bundesamtes für Wohnungswesen zu Gemüte geführt hätte. Da wäre der Entscheid des Stadtrates möglicherweise anders ausgefallen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

*Patricio Frei,
Fraktionspräsident Grüne*

1 Mitteilungen

Der Vorsitzende erklärt noch zur letzten GR-Sitzung: Die GR-Sitzung vom 1. September 2014 hat er abgesagt, weil nur drei Traktanden behandlungsreif waren, nämlich zwei Bauabrechnungen und eine Interpellation. Die Sitzung hätte kaum mehr als 15 oder 20 Minuten gedauert. Er geht davon aus, dass die Anwesenden den freien Abend genossen haben.

Zum Ratsausflug vom kommenden Samstag gibt es letzte Informationen.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 3. Sitzung des Gemeinderates vom 30. Juni 2014 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag der Geschäftsleitung des Gemeinderates betreffend Wahl einer neuen Leitung Parlamentarische Dienste (Antrag Nr. 3B/2014)

Für die Geschäftsleitung referiert **Walter Meier**.

Noch bevor ich das Amt als Gemeinderatspräsident antrat, habe ich von Catherine Wenzel vernommen, dass die Ende März auf Ende Juni 2014 ihre Kündigung eingereicht hat. Nach 10 Jahren Leitung Parlamentarische Dienste, ist ein solcher Schritt verständlich.

Die Stelle wurde dann kurz nach meiner Wahl ausgeschrieben und bis zum vorgegebenen Termin kamen rund 15 Bewerbungen herein, eine Bewerbung kam noch etwas später.

Mit 7 Bewerberinnen und Bewerbern wurden Vorgespräche geführt (Walter Schürch, Peter Pfeiffer und ich); von diesen wollten vier die Stelle nicht. Mit 3 Personen hat die Geschäftsleitung ein Zweitgespräch geführt; für die Geschäftsleitung kamen 2 Personen für die Stelle in Frage.

Der Rat hat dann am 19. Mai einen Bewerber nicht gewählt und auch beim zweiten Bewerber kamen vor der Sitzung vom 30. Juni Bedenken auf, ob er die angestrebten Stellen-% würde leisten können. Aus diesem Grund habe ich die Wahl von der Sitzung vom 30. Juni abgesetzt.

In der Zwischenzeit hatte Catherine Wenzel zugesagt, mindestens bis Ende Jahr zu bleiben und auch im 2015 zumindest stundenweise für die Einführung einer neuen Parlamentarischen Leitung zur Verfügung zu stehen. Das nahm der Geschäftsleitung Druck weg. Zudem verblieb mehr Zeit für fundiertere Abklärungen.

Am 28. August hat sich die Geschäftsleitung – diesmal komplett – getroffen. Dabei wurde einstimmig beschlossen, Daniel Reuter für die Wahl als neuer Leiter der Parlamentarischen Dienste vorzuschlagen. Weil Daniel Reuter in ungekündigter Stelle ist, darf der Name erste heute öffentlich genannt werden. Die Parlamentarier kennen den Namen schon länger.

Daniel Reuter soll per 1. Januar 2015 mit einem 70-%-Pensum angestellt werden. Die Stelle wurde in diesem Frühjahr neu bewertet und die Lohnklasse angepasst (LK 17, evtl. 18). Die Geschäftsleitung hat sich mit Daniel Reuter auf einen Lohn geeinigt, der innerhalb dieser Lohnklassen liegt.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

1. Herr Daniel Reuter wird als neuer Leiter Parlamentarische Dienste (Nachfolge von Catherine Wenzel) gewählt.

2. Mitteilung an den Gemeinderat.

**4 Ersatzwahl für die restliche Amtsdauer 2014/2018
Ersatzwahl für den austretenden Seyhan Kähya in die Kommission Planung und
Bau**

Seitens der IFK wird als Nachfolgerin für Seyhan Kähya Karin Niedermann vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

Karin Niedermann (SP) wird als Mitglied in die Kommission Planung und Bau gewählt.

5 Antrag der Geschäftsleitung des Gemeinderats an den Gemeinderat betreffend Ausbau des Ratsinformationssystems (Antrag Nr. 9A/2014)

Für die Geschäftsleitung referiert **Walter Meier**.

Sehr geehrte Anwesende

Die Geschäftsleitung beantragt, das Ratsinformationssystem auszubauen. In der GL ist dieses Thema seit mehreren Jahren auf dem Tisch; jetzt liegt endlich eine Offerte vor, die Beträge sind im Budget eingestellt und die Informatik-Firma ist in den Startlöchern für die Umsetzung.

Die Idee ist, dass die Geschäfte des Gemeinderates in Zukunft nur noch im Geschäftsverwaltungsprogramm CMIAXIOMA erfasst werden und von dort exportiert werden. Heute muss man sämtliche Geschäfte in 3 verschiedenen Systemen erfassen. Die Arbeitszeit der Ratssekretärinnen kann sinnvoller eingesetzt werden.

Allerdings müssen wir dafür einen Kredit sprechen, rund 70'000 einmalige Kosten und rund 7000 jährlich wiederkehrende Kosten. Im Budget 2014 sind dafür Fr. 21'000 eingestellt; im Budget 2015 (das ihr elektronisch erhalten habt) sind rund 73'000 vorgesehen.

Die Geschäftsleitung beantragt dem Gemeinderat einstimmig, dem Antrag 9A zuzustimmen.

Am 15. September wurde das Geschäft auch in der RPK behandelt. Zwei Fragen wurden kontrovers diskutiert:

- 1. Weshalb wurde die Erweiterung des Ratsinformationssystems nicht von der Leistungsgruppe Informatik schon längst umgesetzt, d.h. ins Budget aufgenommen usw.? Die Geschäftsleitung resp. die Parlamentarischen Dienste haben das grösste Interesse (innerhalb der Stadtverwaltung), dass der Ausbauschnitt umgesetzt wird, auch wenn andere Abteilungen der Stadtverwaltung z.B. mit dem Tool Behördenverzeichnis davon profitieren. Deshalb kam auch die Initiative von der GL. Informatik-Lösungen, die nur einzelne Geschäftsfelder oder Leistungsgruppen betreffen, werden nicht automatisch ins Budget aufgenommen.*
- 2. Die Ausbaumöglichkeit „mobile Sitzungsvorbereitung“ ist im Antrag nicht enthalten. Diese „mobile Sitzungsvorbereitung“ würde das heutige Extranet ablösen, das von etlichen zwar als wichtiges Arbeitsinstrument, aber als nicht sehr bedienerfreundlich angesehen wird. Gemäss GL soll der Stadtrat entscheiden, wann dieses Tool umgesetzt werden soll.*

Dazu noch zwei Zusatzinformationen:

- 1. Wenn die mobile Sitzungsvorbereitung gleichzeitig umgesetzt werden sollte, müssten wir einen einmaligen Kredit von Fr. 88'000 bewilligen und jährliche Lizenz- und Wartungskosten von Fr. 10'700 im Budget berücksichtigen.*
- 2. Wenn die mobile Sitzungsvorbereitung erst später umgesetzt wird, investieren wir jetzt rund Fr. 6000 für die Schnittstelle von i-web zum Extranet. Diese Fr. 6000 würden gespart, wenn man von Anfang an den Ausbauschnitt „mobile Sitzungsvorbereitung“ einbezieht.*

Die RPK empfiehlt dem Gemeinderat mit 6 : 3 Stimmen, dem Antrag 9A zuzustimmen.

Wolfgang Harder

*Sehr geehrter Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Die Geschäftsleitung beantragt einen Ausbau des Ratsinformationssystems (Antrag 9A). Die Mitte-Fraktion unterstützt das Vorgehen der Geschäftsleitung, stellt aber folgenden Änderungsantrag:

Dispositiv Ziff 1 wird geändert wie folgt:

- 1. Das Ratsinformationssystem wird gemäss Offerte 2014-264 der Firma CM-Informatik inklusive mobile Sitzungsvorbereitung ausgebaut. Der Gemeinderat spricht dafür einen Kredit von Fr. 91'000.- (inkl. MwSt).*

Ziff. 2 bleibt unverändert

Warum dieser Änderungsantrag?

Es macht wenig Sinn, auf halbem Weg stehen zu bleiben. Wenn wir in moderne Technik investieren, sollten wir auch den Schritt in die aktuelle Zukunft wagen. Es macht durchaus Sinn, jetzt auch die Voraussetzungen für die Einführung der mobilen Sitzungsvorbereitung zu schaffen. Der Preis ist nicht billig, aber ich bin sicher kein Fantast, wenn ich behaupte, dass das gleiche System ab dem nächsten Jahr sicher einige tausend Franken teurer sein wird und mit einer Wahrscheinlichkeit von über 75% eingeführt wird. Machen wir Nägel mit Köpfen.

Im Gegenzug müssen jedoch die bisherigen Kosten des Ratsinformationssystems (Papierversion, Extranet etc.) grundlegend analysiert und die Kosten gesenkt werden. Unsere Fraktion begrüsst ein modernes Tool, welches die Arbeit erleichtert. Die Investitionen müssen aber dazu führen, dass die Administrationskosten sinken. Es muss gelingen, den Aufwand für Kopien, Beschriftung, Versand, interne Arbeitszeit, Kontrollen und Porto zu reduzieren und zwar mindestens im gleichen Umfang wie die zu erwartenden laufenden Kosten für Lizenzen.

Wir haben ganz bewusst darauf verzichtet, diese Kostensenkungen im Änderungsantrag aufzunehmen. Diese Fragen sind anlässlich der Budgetdebatte zu klären.

Klar ist aber, dass die Geschäftsleitung aufgefordert ist, den Aufwand für die Information des Rates zu senken. Zu hinterfragen ist:

- Braucht es zwingend den doppelten Weg mit Papierversand und Mitteilung per Mail? Wir sind der Meinung nein. Jeder soll sich entscheiden, Mail oder Papier. Wenn man allerdings der mobilen Sitzungsvorbereitung zustimmt, sollte man sich anschliessend nicht für die Papierversion entscheiden. Das macht wenig Sinn.*
- Lässt sich das Extranet nicht abschaffen? Es ist wahrlich kein berauschendes Arbeitstool und wird dementsprechend genutzt. Kommissionsprotokolle könnten auch per E-Mail verschickt oder auch nur in der Aktenaufgabe hinterlegt werden*
- Braucht es nach der Optimierung des Ratsinformationssystems noch die gleich starke Personalbesetzung? Wir sind der Meinung, dass die mobile Sitzungsvorbereitung dazu führen muss, dass der Personalaufwand reduziert werden kann, weil das Abpacken von Anträgen, Postulaten, Motionen etc. entfällt*

*Besten Dank.
Wolfgang Harder*

Rudolf Locher

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, geschätzte Anwesende

Die Stadt Uster hat eine eigene EDV-Abteilung, welche alle Abteilungen, dazu gehören auch die Parlamentarischen Dienste, mit EDV-Dienstleistungen beliefert. Adressbewirtschaftung, Dokumentenverwaltung, Datenspeicherung sind nach unserer Ansicht die Kernaufgaben. Die Parl. Dienste verfügen ebenso zusätzlich über das System Extranet, nicht immer einfach zur Bedienung, aber es funktioniert. (Weiss jedes Ratsmitglied, wann er zum letzten Mal das Aktenzimmer besucht hat?)

Vor zehn Minuten haben wir einen neuen Ratssekretär gewählt. Als Sekretär anderer Parlamentsgremien, teils grösser und gewichtiger, dies auf Stufe Kanton und Eidgenossenschaft, dürfen wir davon ausgehen, dass er Erfahrungen im Parlamentsdienst, hiezu gehört auch die EDV, mitbringt.

Was machen wir: Als Erstes wollen wir dem Herr Ratssekretär ein neues EDV-Programm vorsetzen, welches er einzuführen hätte mit allen Mutationen usw. Ist das die Aufgabe unseres Ratssekretärs? Ist das effizient? Durch diesen Entscheid, meine geschätzten RatskollegInnen und Kollegen, wird doch überhaupt nichts vereinfacht; im Gegenteil, wir belasten die Einführungsarbeit zusätzlich mit einem neuen EDV System. Ein umstrittenes EDV-System, weil wir nicht einmal wissen, wann und ob dasselbe wieder ersetzt würde, wer dieses System mitnutzen und mitzahlen kann und soll, und was wir besonders hinterfragen, weshalb unsere Parlamentsdienste ein eigenes EDV-System erwerben und unterhalten sollen. Im Antrag fehlen sogar die bisherigen Kosten, was keinesfalls transparent ist geschweige denn unserer Vertrauen gewinnen konnte.

Gerade jetzt ist diese Anschaffung übereilt. Wir hoffen, dass uns der neue, erfahrene Ratssekretär auch in Sachen EDV ein fundiertes Wissen mitbringt. Deshalb gilt es jetzt und heute, nein zu sagen. Ein ja wäre voreilige Zwängerei, ohne Erfolgsgarantie, dies bei 71'000.- Investition und Fr. 6500.- jährlichen Lizenzkosten!

Wir kennen die Budgetzahlen 2015 der PD noch nicht, aber allfällige selbstgemachte Budgeterhöhungen gegenüber allen anderer Städtischen Abteilungen würde uns sehr schlecht anstehen. Das würde niemand verstehen, auch nicht unsere Steuerzahler.

Deshalb sagt die FDP Fraktion, dies mit einer Enthaltung, Nein zum EDV-Programm.

Für die FDP Fraktion Rudolf Locher

18.9.2014

Ausmehrung Änderungsantrag gegenüber Hauptantrag

Abstimmung über den Änderungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 9 : 17 Stimmen

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Dispositiv Ziff 1 wird geändert wie folgt:

- 2. Das Ratsinformationssystem wird gemäss Offerte 2014-264 der Firma CM-Informatik inklusive mobile Sitzungsvorbereitung ausgebaut. Der Gemeinderat spricht dafür einen Kredit von Fr. 88'000.- (inkl. MwSt).*

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 27 : 4 Stimmen

1. Das Ratsinformationssystem wird gemäss Offerte 2014-264 der Firma CM Informatik ausgebaut. Der Gemeinderat spricht dafür einen Kredit von Fr. 71'300 (inkl. MwSt.). Der Ausbau erfolgt in Etappen ab Oktober / November 2014. Zusätzlich sind jährliche Lizenz-/Wartungskosten von Fr. 6500 (inkl. MwSt.) ins Budget aufzunehmen.
2. Mitteilung an den Gemeinderat.

6 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulhaus Pünt, Erstellen Schulpavillon - Bauabrechnung (Antrag Nr. 7/2014)

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Gabriela Seiler**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Die Bauabrechnung der Primarschulpflege schliesst mit einem total von Fr. 1'354'763.40 inkl. Mehrwertsteuer ab. Die Buchhaltung der PSU stimmt mit dem Abrechnungstotal des Architekten überein.

Die Kosten liegen rund Fr. 105'000 oder 8.4 % über dem seinerzeit bewilligten Kredit von Fr. 1.25 Mio. Die Details der entsprechenden Mehr- und Minderkosten sind im Antrag aufgeführt. Der Hauptgrund der Kostenüberschreitung liegt im BKP 2, dem Pavillon selber. Gestützt auf vorherige Pavillonbauten wurden im KV ein Betrag von Fr. 970'000 budgetiert. Die im Rahmen der Ausschreibung eingegangenen Offerten zeigten dann leider ein anderes, teureres Bild, sodass diese Position schlussendlich mit rund Fr. 157'000 über Budget abgerechnet werden musste. Zwischen dem Start des Vorprojektes und der Bauabnahme respektive Betriebsstart liegen nur rund 10 Monate. Es mussten nur 4 Projektteamsitzungen abgehalten werden. Es scheint wirklich so, dass alle Beteiligten vom "Know-How" von früheren Pavillonbauten zehren konnten.

Zusammenfassend für die durchgeführte Kontrolle kann das Folgende festgehalten werden: Die Bauabrechnung ist sauber und ordentlich geführt, alle relevanten Unterlagen liegen vor. Alle Mehr- und Minderausgaben sind in den Unterlagen sauber dokumentiert und nachvollziehbar. Ebenfalls nachvollziehbar ist aufgrund der Unterlagen, dass alle Rechnungen durch den Architekten kontrolliert und visiert wurden.

Wie unter Punkt 4 auf Seite 3/4 aufgeführt, wird keine Subventionszahlung seitens des Kantons fliessen.

Der Antrag wurde in der RPK an der Sitzung vom 25.8.2014 behandelt und gab zu keinen grösseren Diskussionen Anlass. Es wurde lediglich noch die Frage in den Raum gestellt, ob es denn tatsächlich richtig ist, dass die Baubewilligung lediglich für 5 Jahre erteilt wurde. Thomas Bornhauser, Abteilung Liegenschaften, bestätigte, dass bei Provisorien ein Baubewilligung von 5 Jahren üblich ist, in der Regel und davon kann im vorliegenden Fall ausgegangen werden, kann eine Verlängerung um weitere 5 Jahre erwirkt werden.

Der Antrag wurde in der RPK einstimmig mit 6:0 gutgeheissen, die RPK empfiehlt ihnen folglich dem Antrag heute ebenfalls zuzustimmen.

*Gabi Seiler
RPK-Präsidentin*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

- 1. Die Bauabrechnung betreffend «Schulhausanlage Pünt, Erstellen Schulpavillon» im Betrag von Fr. 1'354'763.40 inkl. MwSt. wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Primarschulpflege.**

**7 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulhaus Talacker
Pausenplatz – Bauabrechnung
(Antrag Nr. 8/2014)**

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Markus Wanner**.

Ich habe die Bauabrechnung auf Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit hin geprüft.

Für dieses Projekt hat der Gemeinderat am 11. Februar 2013 einen Kredit von CHF 399'600.- bewilligt. Während der Realisierung wurden zwei zusätzliche Kredite gesprochen:

- Die Schulpflege bewilligte am 18. April 2013 einen Nachtragskredit von CHF 44'000.- für die dringende Sanierung der Kellerdecke HPS/Spezialtrakt im SH Talacker. Im Beschluss steht, dass dem Stadtrat ein Nachtragskredit von CHF 44'000.- beantragt wird. Meine Nachfrage, ob der Stadtrat diesen Nachtragskredit auch bewilligt habe hat gezeigt, dass dieser Beschluss nicht ganz richtig ist. Gemäss Gemeindeordnung liegt die Kreditkompetenz bei der Primarschulpflege und nicht wie fälschlicherweise im Beschluss erwähnt beim Stadtrat. Die Verwirrung sei entstanden, weil das Projekt über die Investitionsrechnung und nicht wie anfänglich über die Laufende Rechnung abgerechnet wurde. Der Abteilungsleiter Bildung erwähnte, dass im Schulpflegeprotokoll ein entsprechender Vermerk angebracht wird. Im Protokoll der Schulpflege vom 18. April 2013 wird erwähnt, dass auf diese gebundenen Kosten bereits im Baukreditantrag hingewiesen wurde. Vermutlich hätte die Primarschulpflege hier auch eine Gebundenheit beschliessen können.*
- Der 2. Kredit über CHF 80'000.- für unvorhergesehene Stützensanierungen hat die Präsidentin der Primarschulpflege am 5. August 2013 präsidial verfügt. Dass diese saniert werden mussten hat man erst gesehen, als der Asphaltbelag entfernt wurde. Gemäss Geschäftsordnung der Primarschulpflege, Art. 62, verfügt das Präsidium über diese Finanzkompetenz. Die Präsidialverfügung wurde der Schulbehörde am 5. September 2013 ordnungsgemäss zur Kenntnis gebracht.*

Total wurde somit Kredit von CHF 523'600.- bewilligt. Die Abrechnung beläuft sich auf CHF 446'419.67 und liegt somit CHF 77'180.33 unter den bewilligten Krediten.

An der RPK-Sitzung wurde die RPK noch auch 3 Fehler in der Tabelle auf Seite 3 des Antrags hingewiesen. Diese haben keinen Einfluss auf das Gesamttotal, daher wurde auf eine Tischvorlage im Gemeinderat verzichtet. Bei der Abrechnung Pausenplatz beträgt die MWST CHF 23'630.97 und nicht 23'369.98. Die Gesamtkosten korrigiert betragen CHF 330'529.12. Bei der Abrechnung Sanierung Kellerdecke HPS ist der Betrag Umgebung CHF 33'870.20 und nicht 34'218.20. Die Gesamtkosten sind aber richtig. Wie erwähnt haben diese Korrekturen keinen Einfluss auf das Gesamttotal der Abrechnung.

Die Belege für dieses Projekt sind komplett, ordnungsgemäss geführt, kontiert und visiert. Bei einzelnen Belegen waren nicht Beilagen vorhanden. Unter den Buchungen befinden sich auch mehrere Umbuchungen (z.B. Buchung auf das richtige Konto des Baukostenplans BKP). Das erschwert etwas den Überblick zu behalten.

Die Bauabrechnung ist übersichtlich und stimmt mit der städtischen Buchhaltung überein.

Die RPK empfiehlt, der Abrechnung zuzustimmen.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

- 1. Die Bauabrechnung für das Projekt «SH Talacker, Pausenplatz» von insgesamt Fr. 446'419.67 inkl. MWST wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat bzw. die Primarschulpflege.**

8 Interpellation 502 von Balthasar Thalman betreffend «Denkpause für Müliholz III»

Der Interpellant **Balthasar Thalman** referiert .

*Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Der Stadtrat möchte das städtische Grundstück im Müliholz verkaufen. Er wollte dies bereits schon einmal: Vor 6 Jahren sagten die Ustermer Stimmberechtigten aber mit 54 Prozent Nein dazu. Das Problem dabei war und ist auch heute noch, dass in diesem Gebiet Verkaufsflächen zulässig sind, welche ganz direkt die Geschäfte im Zentrum konkurrenzieren. Trotz dem damaligen klaren Volks-Nein verfolgt der Stadtrat aber offenbar weiterhin die Politik, Einkaufszentren auf der grünen Wiese zuzulassen – ja, mit dem Landverkauf sogar aktiv zu fördern. Gleichzeitig gibt er jährlich mehrere zehntausend Franken für einen «Zentrumsmanager» aus, der für ein attraktiveres Ustermer Zentrum sorgen soll. Das ist ein nicht auflösbarer Widerspruch.

Erschwerend kommt dazu, dass der Landverkauf im Müliholz zu einer Unzeit kommen soll. Der Kantonsrat hat mit der Festsetzung des kantonalen Richtplans im März 2014 der Stadt Uster die Möglichkeit gegeben, anschliessend an diese städtische Parzelle über eine Erweiterung der Bauzone nachzudenken. Ob und wie das passieren soll, muss aber zuerst gründlich geklärt und diskutiert werden.

Ohnehin ist für uns trotz des klaren Leistungsauftrags, eine aktive Bodenpolitik zu betreiben, nichts zu spüren, dass der Stadtrat diesen Auftrag auch tatsächlich umsetzen möchte.

Die SP möchte, dass die Stadt Uster ihre Grundstücke zu Erreichung wichtiger Entwicklungsziele einsetzt. Dazu gehört z.B. auch, dass ansässige Gewerbebetriebe bezahlbare Räumlichkeiten finden. Weshalb soll die Stadt Uster also nicht einen Partner suchen, mit dem sie einen Gewerbepark entwickeln und das Land im Baurecht abgeben kann? Mit einem Landverkauf gibt sie stattdessen sämtliche Optionen aus der Hand. Mit dieser Interpellation möchten wir unter anderem ermöglichen, dass wir in diesem Saal wieder einmal gründlich diskutieren, was wir unter aktiver Landpolitik verstehen, welche Ziele wir erreichen möchten und wie wir die langfristige Handlungsfähigkeit der Stadt in diesem Politikbereich sichern.

Wir sind der Meinung, dass die Stadt eine viel aktivere Bodenpolitik verfolgen muss. Das heisst, dass sie Grundstücke an guten und strategischen Lagen kauft, dass sie Land für Tauschgeschäfte zur Verfügung stellt, dass sie Land im Baurecht abgibt und nur im absoluten Ausnahmefall verkauft.

Mit der Unterstützung dieser Interpellation leisten Sie einen Beitrag zu einer politischen Diskussion über eines der wichtigsten politischen Themen der letzten Jahre und in Zukunft der Stadt Uster. Eine Denkpause fürs Müliholz III ist daher nur logisch.

*Besten Dank.
Balthasar Thalmann*

Der Vorsitzende erläutert das Prozedere. Die Interpellation bedarf der Unterstützung durch 12 Ratsmitglieder. Über die Begründung des erstunterzeichnenden Ratsmitglieds findet keine Diskussion statt. Die zuständige Behörde hat sofort mündlich oder nach drei Monaten seit der Begründung schriftlich, die verlangte Auskunft zu geben oder unter Angabe der Gründe eine Antwort zur Zeit oder überhaupt abzulehnen. (Art. 47a Abs. 1 und 2 GeschO)

Abstimmung:

Die Interpellation wird mit 17 Stimmen unterstützt.

Die Interpellation findet damit die nötigen 12 Stimmen und wird überwiesen.

Stadtrat Cla Famos führt auf Anfrage durch den Vorsitzenden aus, dass er schriftlich auf die Interpellation antworten wird.

9 Bericht und Antrag des Stadtrates betreffend Motion 580 von Balthasar Thalman und Jean-François Rossier betreffend «Verbindliches Gesamtkonzept Schiffflände-Seebadi»

Für die Motionäre referiert **Balthasar Thalman**.

*Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Es war ein schöner Moment zu sehen, wie am ersten Runden Tisch, der aufgrund dieser Motion in diesem Saal durchgeführt wurde, die Leute, die sich seit Jahren um die Schiffflände streiten ein offenes Gespräch führen konnten. Es war ein gelungener Auftakt, nach mehr als 10 Jahren Streit eine Basis für eine gesunde Diskussion um die Zukunft der Schiffflände zu führen. Am ersten Runden Tisch wurden Bedürfnisse der Eingeladenen aufgenommen. Man war sich einig, dass dieser Dialog weitergeführt werden soll, und dass man zu einer guten Lösung kommt.

Am zweiten Runden Tisch war von diesem Stimmung nur noch wenig zu spüren. Stadtrat Thomas Kübler und Stapi Werner Egli präsentierten einen Entwurf einer Revision des kommunalen Richtplans und eine Ideenskizze für ein Restaurant anstelle des heutigen Kiosks. Die Frage wurde in die Runde geworfen, ob alle damit einverstanden seien. Was wurde präsentiert: im Prinzip soll alles so bleiben wie es heute ist. Der Kiosk soll einem grösseren Gebäude weichen und die Bushaltestelle neu konzipiert werden.

Ich habe an der Veranstaltung selbst und im Nachgang schriftlich kundgetan, dass mit dem Präsentierten der Forderung der Motion, nämlich ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, noch nicht nachgekommen worden sei. Optionen, welche das Gebiet Surferwiese-Schiffflände-Seebadi für die Bevölkerung besser erlebbar machen, wurden gar nicht geprüft. Den Bestand in einem Richtplan abzubilden und damit für eine lange Zeit zu zementieren hat mich überrascht, ist zu einfach gestrickt und wäre eine verpasste Chance. Weiter bleiben wichtige Fragen ausgeklammert. Mich beschäftigen vor allem vier Punkte:

- *Ist es wirklich richtig, wenn in unmittelbarer Nachbarschaft zwei Restaurants betrieben werden? Wäre es nicht denkbar, ein vernünftiges Restaurant zu bauen, das sowohl den Badegästen wie auch den übrigen Erholungssuchenden dient?*
- *Wie sieht die Zukunft des Bootshauses aus? Ist es wirklich richtig, wenn die Weltklasseruderer und –ruderinnen gleich wie die Juniorinnen und Junioren ihre mehrere zehntausend Franken teuren Boote mit einem regelrechten Balanceakt vom ersten Stock runterhieften müssen, damit sie diese dann auf dem Platz, der sich vor einem Clublokal im Erdgeschoss befindet, für die Ausfahrt bereit machen müssen?*
- *Gibt es nicht gescheitere Orte für den Bootstrockenplatz? Müssen die Boote tatsächlich ein Viertel der wertvollen an den See grenzende Fläche an der Schiffflände einnehmen und so den Erholungssuchenden vorenthalten?*
- *Muss der Bus wirklich am heutigen Standort wenden oder ist es nicht ein Anachronismus, wenn der Bus mitten in den Seepark reinfährt und dafür ein wertvoller Baumbestand gefällt werden muss?*

Ich vergleiche den angestossenen Prozess mit der Diskussion um die Zentrumsplanung. Auch dort mussten verschiedenste Optionen ausgelotet werden, bis wir dann dem Resultat der Testplanung Zentrum Uster und damit der Verlegung des Stadthofsaals auf das Zeughausareal einstimmig Ja sagen konnten.

So ein Dialog zu führen braucht Geduld. Es ist letztlich ein gemeinsamer Lernprozess und wie ich es bei der Begründung der Motion bereits gesagt habe wird das ein Geben und Nehmen sein. Die Schiffflände ist für Uster als Ausflugsort, als identitätsstiftender Ort zu wichtig, als dass wir eine Hauruckübung veranstalten können.

Wir möchten deshalb, dass der Dialog um die Zukunft der Schiffände weitergeführt wird, dass der Betrachtungshorizont mit verschiedenen Optionen geöffnet wird. Die Motion ist deshalb als erheblich zu erklären.

Wir beantragen jedoch, separat über Dispositiv I und II abzustimmen. Dispositiv II kann und muss ersatzlos gestrichen werden. Es entspricht nicht dem Motionstext. Die Motion verlangt, dass ein Gesamtkonzept erarbeitet wird und anschliessend in ein behördenverbindliches oder grundeigentümergebundenes Instrument umgegossen wird. Die skizzierte Richtplanrevision, die nun als Gesamtkonzept gelten soll, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Ehrlich gesagt bin ich überrascht, dass der Stadtrat das Vorgehen nun so als geeignet ansieht. Er präsentierte uns in vergangener Zeit viel bessere Ideen für die Zukunft der Schiffände als die am zweiten Runden Tisch präsentierten.

Also: ich danke ihnen wenn Sie dem Antrag auf separate Abstimmung von Dispositiv I und II zustimmen, wenn sie die Motion für erheblich erklären und wenn sie den mit der Motion formulierten Weg unterstützen und Dispositiv II ablehnen.

*Besten Dank.
Balthasar Thalmann*

Der Stadtrat möchte zurzeit nicht Stellung nehmen.

Ivo Koller

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Ich kann mich noch gut erinnern, als wir in diesem Saal über die Verlegung der Buswendeschleife diskutiert haben. Werner Kessler versuchte uns damals einen Antrag schmackhaft zu machen, der punkto Buswendeplatz in etwa genau das forderte, was uns nun in diesem Antrag präsentiert wird. Kessler's Antrag schien mir zumindest ziemlich logisch und unterstützungswürdig, wäre da nicht die Sache mit dem Grundwasser, der Gewässerschutzzone und der Kulturlandinitiative gewesen. Mehrere Personen führten nämlich ins Feld, dass dieser Antrag aufgrund der vorgenannten Gründe unmöglich umzusetzen sei. So sagte SR Kübler unter anderem zum Vorschlag Kessler, ich zitiere: „Diese Lösung bringt nichts“ oder „Vorabklärungen beim AWEL zu treffen bringe nichts, ..., man muss bei den Ämtern mit konkreten Baugesuchen kommen.“ Und so weiter und so fort. Viele von uns, unter anderem auch ich, sind dieser Argumentation auf den Leim gegangen. Ich frage mich, was kann ich dem Stadtrat noch glauben, wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass alles nur warme Luft war? Oder haben sich die Voraussetzungen nun urplötzlich geändert? Wenn nicht, und es tatsächlich unmöglich ist den Buswendeplatz zu verschieben, weshalb bringt der Stadtrat den Richtplan nun in dieser Form?

Bei den Diskussionen zur Buswendeschleife wurde doch immer wieder von „Befreiungsschlag“ gesprochen, der Befreiungsschlag ja dann bekanntlich in die Hose ging. Ein Befreiungsschlag für das ganze Gebiet Schiffände und die Surferwiese wäre es jedoch, wenn das Dossier in die Hände eines anderen Stadtrates übergehen würde, damit auch wieder unter der Voraussetzung des Vertrauens diskutiert werden kann.

Nun, genug der peinlichen Vergangenheitsbewältigung... Schauen wir in die Zukunft, zurück zur Wahlkampflokomotive von Balthasar Thalmann und Jean-Francois Rossier.

Die Mittefraktion steht dem Bericht und Antrag ziemlich neutral gegenüber. Zuerst sei einmal erwähnt, dass der Druck auf ein baldiges Seerestaurant nicht mehr der gleiche ist, wie er schon war. Das Werkheim hat nämlich aus einem hässlichen Entlein ein herziges Bijou gemacht, mit dem wir gut leben können. Klar hätten bei eitel Sonnenschein gerne mehr Personen

ein Plätzchen zur Verfügung und klar wird das Werkheim aus betrieblicher Sicht den einen oder anderen „Chrampf“ haben und sich mehr Platz wünschen. Trotzdem, das Resultat befriedigt uns und bedarf keiner voreiligen Änderung. Vor allem wenn man bedenkt, was sich der Stadtrat für eine rostige Sache wünscht, dann bleiben wir lieber beim „Klein aber fein“. Mit der tollen Leistung hat sich das Werkheim einen möglichst langen Weiterbetrieb verdient.

Zum Inhaltlichen: Im vorliegenden Bericht schreibt der Stadtrat, dass der Gemeinderat ein Gesamtkonzept über die künftige Nutzung des Bereiches Surferwiese, Schiffflände und Strandbad erwartet. Leider ist im weiteren Text und in der Planskizze das Wort „Surferwiese“ nicht einmal mehr zu finden. Gerne hätten wir zur Surferwiese auch etwas erfahren... Der Auftrag wurde somit mindestens zu einem Drittel nicht erfüllt. Ansonsten sind eigentlich nur das Restaurant und der Buswendeplatz von Belang. Dazu haben wir keine weiteren Ergänzungen und befürworten die angepeilte Richtplanrevision.

Von Bedeutung wird sein, ob sich diese Planspiele auch in die Realität umsetzen lassen. Spannend wird auch, wie teuer der Buswendeplatz wird. Die Vorgabe von Kessler steht: 70'000 Franken müssten reichen...

Bezüglich dem Änderungsantrag sehen wir Fragezeichen.

Balz votierte bei der Überweisung zur Motion, „Wenn wir wissen, was wir wollen, haben wir einen grossen Schritt erreicht.“ Weiter sagte er, dass ein kommunaler Richtplan das richtige Instrument für das Anliegen sei.

Im vorliegenden Antrag sieht nun der Stadtrat genau einen solchen vor und nun ist es doch nicht recht. Wie war nochmal Balz's erster Satz: Wenn wir wissen, was wir wollen, haben wir einen grossen Schritt erreicht.

In dieser unsäglichen Odyssee wissen einfach noch zu viele nicht was sie wollen.

Besten Dank.
Ivo Koller

Paul Stopper referiert über die Geschichte des Richtplanes an der Schiffflände Niederuster mittels Folien. Er lobt namentlich den Bericht und Antrag des Stadtrates und plädiert dafür, dass über Dispositiv 1 und 2 abgestimmt wird.

Hans Keel

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Das Seilziehen zwischen den Nutzern und Schützern des Greifensees dauert schon Jahrzehnte. Es war abzusehen, als die neue Schutzverordnung eingeführt wurde, dass der Druck durch die Erholungssuchenden auf das Gelände zwischen Kieswerk und Kläranlage enorm zunehmen wird. Es sind praktisch die einzigen paar Meter wo man noch an den See kann.

Heute wird ein weiteres Kapitel zu dieser Geschichte geschrieben.

Der Traum, bei der Schiffflände könne man eine eierlegende Wollmilchsau verwirklichen, muss vermutlich begraben werden. Der grosse Wurf für ein Konzept, das allen Interessen entspricht und aussergewöhnlich und einmalig sein wird, kann nur mit einem Wunder verwirklicht werden.

Fakt ist, dass die heutigen bestehenden Anlagen am See in diesem Bereich, welche sich übrigens bewährt haben, ins Alter gekommen sind. Die Anlagen bedürfen einer Erneuerung und einer Erweiterung, weil sie für den Ansturm der Sportler und Erholungssuchenden, zu klein geworden

sind. Uster ist gewachsen und es sind nicht nur Ustermer die das einmalige Gebiet um und am Greifensee geniessen.

Dank der Motion konnten erstmal die vielen Interessenvertreter sich am Rudentisch äussern und ihre Vorstellungen von der Schiffflände in Niederuster einbringen. Der vorliegende kommunale Richtplan ist der kleinste Nenner auf den sich mehr oder weniger alle einigen konnten. Der Richtplan dient der Standortsicherung der bestehenden Bauten und dient bei Objekten, die noch geplant oder erweitert werden sollen, auch der Landsicherung mittels Werkplan.

In diesem Gebiet steht auch das für Uster so wichtige Pumpwerk. Es ist einfach am falschen Ort. Die Auflagen, die aufgrund dieser Anlage bestehen und die Erfahrung zeigt, dass diese Auflagen laufend verschärft werden, ermöglichen grundsätzlich keine neuen Bauten oder Erweiterungen in diesem Gebiet.

Es ist deshalb völlig offen, ob dieser vorliegende Richtplan für das Gebiet Schiffflände/Strandbad vom Kanton für rechtmässig, zweckmässig und angemessen beurteilt wird. Das heisst, mit der Überweisung der Motion ist noch nichts entschieden. An der Schiffflände bleibt alles offen.

*Die SVP/EDU Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates zu stimmen.
Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.*

Hans Keel

Richard Sägesser

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

Der Uferbereich um die Schiffflände ist nach dem Stadtpark wohl einer der am intensivsten genutzten Erholungsräume unserer Stadt. Velofahrer, Skaterinnen, Schiffpassagiere und Busfahrgäste, Seglerinnen, Ruderer, Badegäste, Fischer treffen hier aufeinander. All diesen Bedürfnissen soll der Raum dienen und gleichzeitig soll er als Visitenkarte unserer Stadt attraktiv sein.

Ansätze für eine zweckmässige Planung scheiterten in der Vergangenheit. Mit dem Gesamtkonzept legt der Stadtrat nun einen pragmatischen Ansatz vor, um den gordischen Knoten zu durchschlagen. Unter anderem kann damit auch das unbefriedigende Durcheinander von Bus- und Veloverkehr entflochten und die Sicherheit erhöht werden.

Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag, die Motion erheblich zu erklären, und hofft, dass alle Interessengruppen – von Umweltschutz bis zu Sportvereinen - bereit sind, die nötigen Kompromisse einzugehen, um dem Konzept zum Durchbruch zu verhelfen.

Zum Ordnungsantrag der SP betr. Disp. Ziff. 2:

Die Einreichung des Plans beim Kanton bringt den Willen zum Ausdruck, Nägel mit Köpfen zu machen. Ohne diesen Schritt gehen wir zurück auf Feld 1 vor dem runden Tisch. Und die Motion ohne dieses Bekenntnis erheblich zu erklären, macht keinen Sinn, weil wir dann nur noch einen unverbindlichen Bericht vor uns haben. Wenn die Motionäre nicht mehr Verbindlichkeit wollen, hätten sie sich mit einem Postulat begnügen sollen. In diesem Fall muss zwingend über den gesamten Antrag abgestimmt werden. Die FDP-Fraktion lehnt den Ordnungsantrag aus diesen Gründen klar ab.

Zur Sache äussere ich mich später.

Für die FDP-Fraktion:

Richard Sägesser, Gemeinderat, Uster, 22. September 2014

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Den „ggT“ haben wir alle in unserer Schulzeit kennengelernt. „ggT“ ist die Abkürzung von „Grösster gemeinsamer Teiler“. Bei den Zahlen 6 und 8 wäre der „ggT“ 2. Das Pendant zum „ggT“ ist der „kgV“, das „Kleinste gemeinsame Vielfache“. Bei 6 und 8 wäre der „kgV“ 24.

Wendet man das mathematische Wissen auf die Gestaltung der Schiffände und der Seebadi an, dann ist das Resultat des runden Tisches das „ggT“. Wir Grünen wollen uns aber nicht mit dem „ggT“ zufrieden geben. Wir wollen nicht 2 sondern 24.

An dieser Stelle möchten wir Grünen dem Stadtrat ein Kränzchen winden für das sehr basisdemokratische Vorgehen. Der runde Tisch aber sollte doch mehr als Orientierungshilfe, als Ausgangspunkt für die weiteren Schritte dienen und weniger als Eins-zu-Eins-Vorlage für die Umsetzung.

Wir wissen um die schwierige Ausgangslage, um die rechtlichen Auflagen und Vorschriften sowie um die vielfältigen Bedürfnisse. Dennoch ist da weiterhin Spielraum vorhanden. Weshalb zeigt der Stadtrat nicht mit einem Ideenwettbewerb auf, wie dieser Spielraum optimal auszunützen wäre und was für Uster am See möglich ist?

Dabei gilt es mit einem Gesamtkonzept den gesamten Raum von der Badi bis zum Kiosk zu betrachten. Ein Gestaltungsplan könnte Antworten auf die drängendsten Fragen liefern: Welche Art von Restaurant braucht es am See? Welche Zielgruppen sollen damit angesprochen werden? Welches sind die Bedürfnisse des Ruderclubs und anderer Wassersportler? Wie kann das Pumpwerk in das Ganze integriert werden? Sind mehrere kleinere Gebäude sinnvoller als ein oder zwei grössere Bauten? Wie wird der öffentliche Verkehr geführt?

Am Greifensee braucht es kein lärmiges Disneyland, aber etwas mehr als eine kleinkrämerische Fortsetzung des aktuellen Flickwerks darf es schon sein. Und mit einem echten Leuchtturmprojekt wäre sicherlich auch eine Mehrheit der Bevölkerung zu begeistern.

Wir Grünen unterstützen die Suche nach dem „kgV“ und somit die Motion 580, und wir lehnen den „ggT“, die Dispo 2, ab.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Werner Kessler ergreift das Wort. Er erinnert an den Tanz mit dem AWEL betreffend Surferwiese und die Sitzung mit dessen oberstem Chef, wonach immer noch offen ist, ob am Standort Seekiosks gebaut werden darf oder nicht. An die Adresse von Balthasar Thalmann fragt er, ob dieser betreffend Seerestaurant von der Rostlaube oder dem Seekiosk spricht. Zu Ivo Koller führt er aus, dass die jetzigen Kosten bei CHF 380'000 liegen. Die von Ivo Koller erwähnten CHF 70'000 betrafen eine wesentlich kleinere Fläche.

Stadtrat Thomas Kübler ergreift das Wort. Er erachtet es als betrüblich, dass die Mittefraktionen das Dossier dem Stadtrat aus der Hand nehmen wollen. Der Stadtrat wird aber die Diskussion führen. Zu Balthasar Thalmann: Betreffend den Vorstellungen zur Schiffflände herrscht Einigkeit. Es sollten keine hochtrabende Wünsche mehr geäussert werden sondern eine Mehrheit gefunden werden. Das Dossier führt die Abteilung Finanzen, aber die Umsetzung liegt aufgrund der Raumplanung beim Bau. Deshalb vertritt er den Richtplan. Die beiden „runden Tische“, die geführt wurden, ergaben viel Diskussionsstoff. Die Surferwiese bleibt, wie sie ist, dies entspricht dem Wunsch der Bevölkerung. Zur Buswendeschleife wird die Rückmeldung seitens Kanton erwartet. Der Stadtrat handelt also nicht widersprüchlich, aber es ist offensichtlich, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Der Richtplan sagt nichts darüber aus, wie die Badi dereinst aussehen soll. Damit verbaut man sich nichts. Ob das Bootshaus saniert oder neu gebaut wird, ist heikel. Die Anregungen seitens der Grünen, die sie beantwortet haben wollen, sind allzu hochtrabende Ideen und sind nicht umsetzbar. Betreffend dem Trockenplatz für die Boote: Der harte Boden der Realität. Thematisch ein einziges Mienenfeld da unten. Aber wenigstens geht es mit dem öffentlichen Verkehr und der Restauration vorwärts. Lieber den Spatz in der Hand halten als die Taube auf dem Dach haben. Er bittet um Zustimmung.

Balthasar Thalmann ergreift nochmals das Wort. Es ist seines Erachtens eine verpasste Chance. Man ist x-mal zusammengesessen und hat nach langer Diskussion eine Lösung gefunden. Dies brauchte Mut und Denkarbeit. Die Motion verlangte Gesamtkonzept, darum ist unser Antrag noch nicht 100 % erfüllt.

Ordnungsantrag seitens der SP:

Über Dispo 1 und 2 ist separat abzustimmen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 10 : 23 Stimmen

Der Antrag ist abgelehnt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 27 : 0 Stimmen

Die Motion ist erheblich erklärt worden. Dispositiv 1 – 3 sind demnach umzusetzen.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 3. November 2014 statt.

Schluss der Sitzung 20.30 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident
Walter Meier

Datum Die Stimmenzähler

Marianne Siegrist

Kathrin Agosti

Bruno Modolo